

## Beschluss

In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 14.10.2022

Tagesordnungspunkt: I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken

## Antragstext

1 Die Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine spüren wir auch  
2 durch Energieknappheit, explodierende Preise und zurückgehende Wirtschaftsleistung. Die  
3 enorme fossile Abhängigkeit von Russland, in die Deutschland von Vorgängerregierungen  
4 getrieben wurde, gibt dem Kreml die Möglichkeit, auch unseren Wohlstand herauszufordern.  
5 Doch wir lassen uns nicht von Wladimir Putin erpressen. Und das heißt: Wir stehen  
6 unverändert solidarisch an der Seite der Ukraine und ihrer Menschen. Mit weitreichenden  
7 Maßnahmen erreichen wir Monat für Monat Deutschlands Unabhängigkeit von russischen  
8 Energieimporten. Und je stärker wir dabei auf erneuerbare Energien setzen, desto mehr werden  
9 künftig auch die Preise sinken.

10 Doch aktuell leiden viele Menschen in Deutschland und Europa unter immens gestiegenen  
11 Preisen für Energie und Lebensmittel und wissen oft kaum mehr, wie sie ihre Rechnungen  
12 bezahlen sollen. Gerade diejenigen, die schon vor der aktuellen fossilen Inflation, vor dem  
13 russischen Angriff auf die Ukraine und vor der darauffolgenden Energiekrise kaum über die  
14 Runden kamen, werden von den derzeitigen Herausforderungen hart getroffen. So droht sich die  
15 soziale Spaltung nach mehr als zwei Jahren Pandemie ein weiteres Mal zu verschärfen. Viele  
16 Menschen machen sich in dieser Situation berechnete Sorgen. Deswegen haben wir stets  
17 zielgerichtet mit Entlastungsmaßnahmen diejenigen besonders in den Blick genommen, die von  
18 der Krise am härtesten getroffen werden.

19 Die Sorge vor steigenden Lebenshaltungskosten reicht bis in die gesellschaftliche Mitte  
20 hinein. Es steht der über lange Zeit erarbeitete Lebensstandard und Wohlstand in Frage. Die  
21 hohen Preise für Energie und Lebensmittel treffen alle Menschen existenziell, die geringe  
22 oder keine Rücklagen haben, das betrifft ca. 40 Prozent der Menschen in Deutschland. Oft  
23 sind es gerade die vielen Beschäftigten, die in systemrelevanten Berufen schon in Zeiten der  
24 Lockdowns unsere Versorgung mit dem Notwendigsten gesichert haben. Sie stellen unsere  
25 Daseinsvorsorge, also das tägliche Brot, die Reparatur der Heizung, die Fahrt im Bus oder  
26 die Betreuung im Kindergarten sicher.

27 Wir lassen die Menschen in diesem Land nicht alleine. Um sie zu unterstützen, braucht es zum  
28 einen kurzfristige Entlastungen, zum anderen aber muss Deutschland gerechter werden. An  
29 vielen Stellen müssen wir unseren Sozialstaat reformieren und an die Herausforderungen und  
30 Bedarfe unserer Zeit anpassen. Mit Vorhaben wie dem Bürgergeld und der Kindergrundsicherung  
31 schaffen wir mehr soziale Gerechtigkeit in Zeiten sozialer Unsicherheit und Polarisierung.  
32 Gesellschaftlichen Frieden sichern wir auch, indem alle ihren Fähigkeiten entsprechend  
33 mithelfen. So können wir die Folgen, insbesondere die der Klimakrise und des russischen  
34 Angriffskriegs gegen die Ukraine, abfedern. Dazu gehört, dass wir Belastungen gerechter  
35 verteilen. Auch Menschen mit sehr hohen Vermögen sollen etwas abgeben. Es gibt verschiedene

36 geeignete Instrumente, um Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen und dabei Ausnahmen  
37 für Betriebsvermögen von Unternehmen zu ermöglichen. Wir werden kleine und mittlere  
38 Unternehmen stützen und sie in der Krise nicht noch zusätzlich belasten. Zugleich werden wir  
39 dafür sorgen, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Soziale Sicherheit und  
40 sozialer Ausgleich sind unverzichtbar. Gerade in der Krise ist der gesellschaftliche  
41 Zusammenhalt gefordert.

42 Insgesamt steht uns als Gesellschaft ein schwerer Winter bevor. Neben der Inflation droht  
43 aufgrund der Energiekrise auch eine Rezession in ganz Europa. Nach zwei Pandemie Jahren macht  
44 das auch vielen Unternehmen große Sorgen. Denn durch die seit Mitte Juni reduzierten und  
45 seit Anfang September ausbleibenden Gaslieferungen sind die Energiekosten massiv gestiegen  
46 und setzen besonders Solo-Selbstständige, kleine und mittelständische Betriebe stark unter  
47 Druck. Die hohen Preise zehren ihre Rücklagen auf und damit die Mittel für Investitionen in  
48 den Umbau für mehr Nachhaltigkeit und vor allem in den Umbau zur Reduzierung des  
49 Energieverbrauchs. Die höheren Zinsen erschweren eine dynamische Wirtschaftsentwicklung  
50 zusätzlich und drohen die Rezession in der Eurozone zu verstärken. Hinzu kommen fortwirkende  
51 Lieferengpässe, der handfeste Mangel an Arbeits- und Fachkräften sowie die allgemein  
52 rückläufige Kaufkraft und eine insgesamt erhöhte Unsicherheit. Es darf nicht dazu kommen,  
53 dass unsere Solo-Selbst-Selbstständigen, Mittelständler, Handwerksbetriebe, aber auch  
54 soziale Einrichtungen, Krankenhäuser und andere Einrichtungen der Gesundheitsversorgung in  
55 dieser extrem angespannten Phase ihre Liquidität verlieren. Wir müssen ihnen beistehen,  
56 damit sie gut über diesen Winter kommen – und sie bei der Transformation unterstützen.

57 Der drohende Nachfrageschock kann die Situation weiter verschärfen. Die teilweise  
58 verdoppelten oder verdreifachten Kosten für Strom, Gas und Lebensmittel müssen die  
59 Bürger\*innen an anderer Stelle einsparen. Das hat Auswirkungen auf die Konsumgüternachfrage  
60 in Deutschland. Auch die Tarifpartner wissen: Lohnzurückhaltung ist daher jetzt das falsche  
61 Rezept gegen die Inflation. Expert\*innen sehen keine Anzeichen für eine Lohn-Preis-Spirale.  
62 Im Gegenteil, die Reallöhne sinken. Es geht in diesem Winter darum, diejenigen bei den hohen  
63 Preisen zielgerichtet zu unterstützen, die wenig haben.

64 Es ist aber auch eine Frage ökonomischer Vernunft, dass wir es nicht zulassen, die  
65 Rezessionsgefahren noch zu verschärfen. Jetzt eine Rezession in Kauf zu nehmen, um die  
66 Inflation zu bekämpfen, wäre genau der falsche Weg. Denn damit würde man Schaden im Kern der  
67 deutschen Wirtschaft riskieren. Wir müssen also beides schaffen: aktiv gegen die drohende  
68 Rezession und gleichzeitig gegen die hohe Inflation vorgehen.

69 Dabei ist eine kluge Geldpolitik ein wichtiges Instrument von Inflationsbekämpfung. Doch es  
70 liegt an der Politik, die richtigen Maßnahmen zu treffen, damit Geldpolitik wirken kann und  
71 die Menschen vor den Folgen der Inflation geschützt werden. Unser Ziel ist es auch, allen  
72 EU-Staaten mehr Investitionen für den sozial-ökologischen Umbau und für die soziale  
73 Infrastruktur zu ermöglichen. Daher setzen wir uns für eine Weiterentwicklung der EU-  
74 Fiskalregeln ein.

75 Grüne und soziale Investitionen müssen im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt  
76 stärker berücksichtigt und das Regelwerk insgesamt demokratisiert werden. Darüber hinaus  
77 brauchen wir eine dauerhafte gemeinsame europäische Fiskalkapazität, beispielweise durch  
78 einen Grünen Investitionsfonds angelehnt an Next Generation EU. Wir setzen uns für einen EU  
79 Haushalt ein, der krisenfest, flexibel und für gemeinsame europäische Zukunftsprojekte  
80 besser ausgestattet ist.

81 Aus dieser außergewöhnlichen Krise können wir uns nicht herausparen. Deshalb ist es gut,  
82 dass sich die Bundesregierung zu einem 200-Milliarden-Abwehrschirm gegen hohe Energiepreise  
83 und zur Sicherung der Versorgungssicherheit verständigt hat. Damit haben wir in dieser  
84 Notsituation einen starken Schutzschirm für das Handwerk, für kleine und mittlere

85 Unternehmen (KMU) sowie für die soziale Infrastruktur. Wir stützen so Verbraucher\*innen und  
86 Wirtschaft. Wenn es zur Bewältigung der Krise und der Aufrechterhaltung unserer  
87 Wirtschaftskraft notwendig wird, muss die Schuldenbremse ausgesetzt werden - auch und gerade  
88 in den Bundesländern. Gleichzeitig müssen wir aber auch in die sozial-ökologische  
89 Transformation sowie die Unabhängigkeit unserer Energieversorgung investieren. Nur so kommen  
90 wir raus aus der von Putin getriebenen fossilen Inflation und machen unsere Wirtschaft und  
91 Industrie zukunftsfest.

92 Wir werden leider nicht alle Lasten, die in diesem Winter auf uns zukommen, ausgleichen  
93 können, wollen aber alles tun, damit niemand seinen Wohnraum verliert, im Dunkeln sitzen  
94 oder frieren muss. Ein Instrument dazu ist ein bundesweites Strom- und Gassperrenmoratorium.  
95 Deshalb ist es wichtig, unsere Möglichkeiten gezielt einzusetzen, und dass auch diejenigen  
96 ihren Beitrag leisten, die in der Krise gut über die Runden kommen oder als Unternehmen  
97 aufgrund der Krise sogar zusätzliche Gewinne machen.

### 98 **Soziale Sicherheit schaffen – in der Krise und darüber hinaus**

99 Während sich viele Menschen um die nächste Nebenkostenabrechnung sorgen, fahren einige  
100 wenige Energiekonzerne gerade milliardenschwere Gewinne ein – nicht etwa, weil sie besser  
101 wirtschaften oder klug investiert haben, sondern einzig und allein, weil der russische  
102 Angriff auf die Ukraine die Energiepreise derart in die Höhe getrieben hat. Wir drängen  
103 deshalb bereits seit dem Frühjahr auf die Abschöpfung solcher Übergewinne, um mit den daraus  
104 erzielten Einnahmen gezielt die Bürger\*innen zu entlasten.

105 Mit dem Abschöpfen dieser zufälligen Übergewinne auf dem Strommarkt gehen wir nun einen  
106 ersten wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren. Damit soll der  
107 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleiben. Für den darüber hinausgehenden  
108 Verbrauch wird der jeweils aktuelle Marktpreis angelegt. So werden Verbraucher\*innen, aber  
109 auch kleine und mittlere Unternehmen entlastet und gleichzeitig zur Reduktion ihres  
110 Verbrauchs angeregt. Wir begrüßen auch die Einigung auf europäischer Ebene hinsichtlich  
111 einer Solidaritätsabgabe auf Unternehmensgewinne im Energiebereich jenseits des Stromsektors  
112 und setzen diese schnellstmöglich um.

113  
114 Bei der nationalen Umsetzung der Solidaritätsabgabe werden wir uns dafür einsetzen, dass die  
115 Bundesregierung den Steuersatz auf die Übergewinne auf mehr als die Hälfte ansetzt, die  
116 Abgabe für 2022 und für 2023 beschließt und das Gesetz so gestaltet, dass  
117 Gewinnverschiebungen bspw. in die Schweiz verhindert werden. Das gelingt beispielsweise mit  
118 einem (Über-)Gewinnproxi für die nationalen Gewinne als Bemessungsgrundlage. Das ist  
119 wichtig, um ein effektives Instrument mit ausreichend Aufkommen für die notwendigen  
120 Krisenentlastungen zu gestalten.

121 Die Strompreisbremse soll auch kleinen und mittelständischen Betrieben sowie Kommunen,  
122 Vereinen, Verbänden oder Krankenhäusern und anderen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung  
123 sowie sozialen Einrichtungen zugutekommen. Für sie soll es ebenfalls ein vergünstigtes  
124 Stromkontingent geben, weil auch hier die Belastungen durch die hohen Strompreise spürbar  
125 sind. Daneben führen der schnellere Ausbau erneuerbarer Energien sowie die beschlossenen  
126 Effizienz-Maßnahmen perspektivisch ebenfalls zu günstigeren Strompreisen.

127  
128 Mit dem Vorliegen des Vorschlags der Kommission beginnt jetzt die politische Debatte über die  
129 Ausgestaltung. Wir machen uns stark für eine sozial ausbalancierte Lösung. Deswegen setzen  
130 wir uns, wenn möglich für ein Mengen-Grundkontingent pro Haushalt und eine rückwirkende  
131 Kompensation der steigenden Preise schon vor dem 1. März ein. Die Auszahlung kann  
132 nachgelagert stattfinden.

133 Außerdem werden wir Maßnahmen ergreifen, um auch den Gaspreis zu senken. Wir werden die  
134 Preise durch eine Gaspreisbremse - zumindest für einen Teil des Verbrauchs - auf ein Niveau  
135 bringen, welches die Bürger\*innen genauso wie die Unternehmen und Kommunen im Land vor  
136 Überforderung schützt. Es gilt, europäisch solidarisch, sozial gerecht, effektiv und die  
137 Transformation beschleunigend zu handeln. Deshalb werden wir uns auf europäischer Ebene  
138 dafür einsetzen, den Gaspreisanstieg zu begrenzen. Um dem strukturellen Mangel zu begegnen,  
139 müssen wir weiter Energie einsparen und in die Energiewende investieren. Dabei dürfen wir  
140 nicht den Anreiz verringern, in CO<sub>2</sub>-freie Alternativen zum heutigen Erdgasbedarf zu  
141 investieren.

142  
143 Den Gaspreis senken bedeutet auch: Wir können nicht mehr jeden Einkaufspreis akzeptieren.  
144 Eine geschlossen auftretende EU sollte ihr starkes Marktgewicht gegenüber Gas-exportierenden  
145 Ländern und auf den globalen Spotmärkten für Flüssiggas einsetzen. Wir unterstützen daher  
146 den Vorschlag der EU-Kommission für eine gemeinsame Einkaufsplattform, um die Einkaufskraft  
147 Europas zu bündeln und Preise im Großhandel zu senken und so Preise auch insgesamt zu  
148 dämpfen und zu stabilisieren.

149  
150 Zusätzlich verpflichten wir jene zur Solidarität, welche von der angespannten finanziellen  
151 Lage vieler Menschen profitieren: Wir fordern eine Deckelung der Zinsen für  
152 Dispositionskredite für Privatkunden bei Banken. Dafür wollen wir einen maximalen, an den  
153 Kosten der Banken orientierten Aufschlag auf einen konkret festzulegenden Bezugzinssatz, z.  
154 B. dem 3-Monats-Euribor, festlegen.

155 In bisher drei Entlastungspaketen haben wir zusammen mit unseren Koalitionspartnern viele  
156 Maßnahmen vereinbart, die denjenigen zu Gute kommen, die die steigenden Preise finanziell  
157 besonders unter Druck setzen. Das sind gerade Menschen mit geringen und mittleren Einkommen,  
158 darunter fallen viele Familien, Studierende, Rentner\*innen, Menschen mit Behinderungen und  
159 besonderen Bedarfen sowie Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind. Gerade für sie  
160 haben wir uns in den Verhandlungen stark gemacht. Und das werden wir auch weiterhin tun:  
161 Solange die hohen Preise es weiterhin notwendig machen, setzen wir uns für weitere  
162 Sofortentlastungen wie sozial-gestaffelte und regelmäßige Direktzahlungen ein, die bei den  
163 Menschen ankommen und nicht mit anderen Sozialleistungen verrechnet oder gepfändet werden.

164 Denn ein wirksamer Weg, um Menschen in der Breite kurzfristig vor den Folgen hoher  
165 Energiekosten zu schützen, sind staatliche Direktzahlungen an private Haushalte. Daher haben  
166 wir die Energiepreispauschale auf den Weg gebracht. Dadurch, dass diese der progressiven  
167 Einkommensteuer unterliegt, stellen wir sicher, dass Menschen mit wenig Einkommen am meisten  
168 profitieren. Nun erhalten auch Rentner\*innen und alle Studierenden eine Einmalzahlung. In  
169 der Transformation hilft auch ein sozial-gerechtes Klimageld, das wir – wie im  
170 Koalitionsvertrag vereinbart – gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen.  
171 Direktzahlungen an alle Bürger\*innen bieten zum einen die Möglichkeit einer sozial gerechten  
172 Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis, zum anderen sind sie ein kurzfristiges  
173 Kriseninstrument. Nur fehlt bisher in Deutschland dafür ein Auszahlmechanismus. Das  
174 Finanzministerium muss diesen bis Ende des Jahres vorlegen.

175 Familien sind besonders betroffen von den steigenden Preisen. Deshalb wollen wir Familien  
176 sehr gezielt unterstützen: Für von Armut betroffene Kinder gilt bis zur Einführung der  
177 Kindergrundsicherung ein monatlicher Kindersofortzuschlag in Höhe von 20 Euro. Für Familien,  
178 deren Einkommen nur knapp oberhalb der Grundsicherung liegt, wird der Kinderzuschlag erhöht  
179 und für kindergeldberechtigte Kinder steigt das monatliche Kindergeld auf 237 Euro im Monat.  
180 Die hohe Kinderarmut in Deutschland werden wir aber nur beenden, indem wir eine echte  
181 Kindergrundsicherung einführen, die alle Kinder erreicht, unabhängig vom Familienmodell  
182 ihrer Eltern. Auf dem Weg dahin müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um

183 familienpolitische Antragsleistungen wie den Kinderzuschlag oder Leistungen aus dem  
184 Bildungs- und Teilhabepaket niedrigschwellig und unbürokratisch zugänglich zu machen. Mit  
185 der Kindergrundsicherung werden wir die Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen und  
186 ein zeitgemäßes Sozialstaatsverständnis umsetzen: einfach, automatisch berechnet und  
187 ausgezahlt ohne aufwendiges Antragswesen bei verschiedenen Behörden. Damit werden wir Armut  
188 – auch verdeckte – bekämpfen und sicherstellen, dass jedes Kind und jede\*r Jugendliche\*r  
189 finanziell abgesichert ist.

190 Schon während der Pandemie haben junge Menschen große soziale Härten erlebt. Jetzt plagen  
191 viele Sorgen wegen der Klimakrise und wie sie wegen der gestiegenen Preise über die Runden  
192 kommen sollen. Wir setzen uns für weitere Entlastungsmaßnahmen, wie eine kurzfristige  
193 Erhöhung des BAföG-Regelsatzes und der Mindestausbildungsvergütung ein. Zudem soll eine  
194 Neuausrichtung des BAföG umgesetzt werden. Bund und Länder sollen dies prüfen. Um gut durch  
195 den Winter zu kommen, brauchen Hochschulen und Studierendenwerke Unterstützung. Für uns ist  
196 klar, dass Bildungs- und Forschungseinrichtungen weiterhin offen bleiben müssen.

197 Außerdem muss die im Koalitionsvertrag vorgesehene steuerliche Gutschrift für  
198 Alleinerziehende jetzt auch schnell auf den Weg gebracht werden, denn Alleinerziehende  
199 gehören zu denjenigen, die in diesem Land am meisten von Armut betroffen sind.

200 Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, erhielten bereits eine Einmalzahlung von  
201 200 Euro. Das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 die bisherige Grundsicherung ersetzt, wird  
202 um 53 Euro steigen. Gleichzeitig ändern wir die Berechnungsmethode dauerhaft so, dass die  
203 Inflation künftig früher in die Berechnung einfließt. Auch Kinder und Jugendliche im  
204 Leistungsbezug haben künftig deutlich mehr Geld zum Leben. Und auch die Geldleistungen für  
205 andere Sozialleistungsbeziehende sollen entsprechend fortgeschrieben werden, zum Beispiel in  
206 der Grundsicherung im Alter oder für Asylsuchende.

207 Strukturell überwinden wir mit dem Bürgergeld endlich Hartz-IV und schaffen eine  
208 bürgerfreundliche Grundsicherung, die zu mehr sozialer Sicherheit führt und den Fokus auf  
209 Weiterbildung und Qualifizierung legt. Damit kommen wir unserem Konzept der grünen  
210 Garantiesicherung einen wichtigen Schritt näher. Die gegenwärtig vereinbarte Erhöhung sehen  
211 wir als ersten Schritt hin zu einer armutsfesten Grundsicherung, die auch die  
212 soziokulturelle Teilhabe gewährleistet.

213 Der Regelsatz reichte jedoch schon in der Vergangenheit nicht aus, um mit dem  
214 gesellschaftlichen Lebensstandard und der Preisentwicklung Schritt zu halten. Die aktuelle  
215 Inflation bei Gütern des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel oder Strom, für die Menschen in  
216 der Grundsicherung einen Großteil des Regelsatzes ausgeben, liegt deutlich über der  
217 allgemeinen Teuerungsrate. Für uns ist deshalb klar: Es besteht weiterhin dringender  
218 Handlungsbedarf. Wir setzen uns dafür ein, dass es zügig zu Erhöhungsschritten kommt, wenn  
219 sich die soziale Lage weiter zuspitzt. Wir setzen uns darüber hinaus noch in dieser  
220 Legislatur dafür ein, eine Neuberechnung des Existenzminimums auf systematisch  
221 aktualisierter Grundlage vorzunehmen. In diesem Zuge wollen wir bestehende Wohnkostenlücken  
222 schließen und eine verlässliche Bedarfsdeckung beim Strom erreichen. Des Weiteren sollte der  
223 Vermögensschonbetrag für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen vorübergehend oder  
224 dauerhaft nicht arbeitsfähig sind, weiter bedarfsgerecht angehoben werden.

225 Nachdem von uns im Koalitionsvertrag durchgesetzten Sanktionsmoratorium werden  
226 Sanktionsmöglichkeiten über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus deutlich  
227 eingeschränkt. Wir wollen grundsätzlich, dass das soziokulturelle Existenzminimum ohne  
228 Sanktionen garantiert wird. Und die Kultur im Jobcenter wird eine andere sein. Briefe kommen  
229 künftig weitgehend ohne komplizierte Rechtsfolgenbelehrungen aus und werden somit  
230 verständlicher. Statt Sanktionen setzt das Bürgergeld auf positive Anreize mit dem  
231 Weiterbildungsgeld von 150 Euro und dem Bürgergeldbonus von 75 Euro pro Monat als Aufschlag

232 auf den Regelsatz. Wer sich auf den Weg in einen neuen Beruf macht, wird so direkt für seine  
233 Anstrengungen belohnt – und nicht erst am Ende einer mehrjährigen Ausbildung. Auch insgesamt  
234 wollen wir Zuverdienstmöglichkeiten attraktiver gestalten. Außerdem verstetigen wir den  
235 Sozialen Arbeitsmarkt und stärken damit die Teilhabe von langzeitarbeitslosen Menschen am  
236 Arbeitsleben. Dazu benötigen wir ausreichend ausgestattete Programme mit einer an  
237 tariflichen Bezahlung angelehnten Vergütung, die Menschen über einen langen Zeitraum  
238 unterstützen, um am Arbeitsleben teilnehmen zu können.

239 Um Menschen mit wenig Geld knapp oberhalb der Grundsicherung vor den hohen Heizkosten zu  
240 schützen, unterstützen wir mit Heizkostenzuschüssen beim Wohngeld und im BAföG. Im kommenden  
241 Jahr wird es außerdem eine große Wohngeldreform mit einer Heizkosten- sowie einer  
242 überfälligen Klima-Komponente geben. Mit der Reform sollen weit mehr Menschen künftig  
243 Anspruch auf Wohngeld haben. Die Wohngeldbeantragung und -bewilligung muss dabei  
244 niedrigschwellig, digital und schnell gestaltet werden. Die Umsetzung ist eine  
245 gesamtstaatliche Aufgabe, bei der der Bund die Länder und Kommunen unterstützen muss. Wir  
246 haben im dritten Entlastungspaket zudem Regelungen vereinbart, damit Mieter\*innen in  
247 finanziellen Notsituationen ihre Wohnung nicht verlieren und Strom- und Gassperren  
248 verhindert werden. Ein bundesweites Kündigungs- und Zwangsräumungsmoratorium für mindestens  
249 6 Monate müssen jeweils jetzt zügig umgesetzt werden. Es braucht außerdem Schutz für  
250 Haushalte mit Indexmieten. Denn bei Indexmietverträgen sind Mietsteigerungen an die  
251 Entwicklung der Verbrauchspreise gekoppelt. Durch die Preissteigerungen droht den  
252 betroffenen Mieter\*innen eine massive Anhebung ihrer Miete – zusätzlich zu den steigenden  
253 Heizkosten. Daher wollen wir bestehende Indexmieten deckeln und neue vor dem Hintergrund der  
254 hohen Preissteigerungsrate beschränken. Zudem setzen wir uns für einen besseren Schutz von  
255 Gewerbemieter\*innen durch eine Gewerbemietpreisbremse ein. Darüber hinaus setzen wir uns  
256 angesichts der hohen Belastungen für Mieter\*innen für ein Nettokaltmietenmoratorium für  
257 Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt ein. Reguläre Mieterhöhungen der Nettokaltmiete würden  
258 so für 6 Monate rechtssicher ausgesetzt werden. Ausnahmen oder andere Maßnahmen wie ein  
259 Härtefallfonds sollen soziale und wirtschaftliche Härten verhindern.

260 Bereits vor der aktuellen Krise ist bezahlbares Wohnen zur wichtigsten sozialen Frage in  
261 urbanen Zentren geworden. In den letzten Jahren ist der Bestand an Sozialwohnungen stetig  
262 zurückgegangen. Das müssen wir umkehren, indem wir die verbliebenen Bestände sichern und um  
263 neue erweitern. Deshalb ist es richtig, dass wir uns im Koalitionsvertrag auf die neue  
264 Wohngemeinnützigkeit und die finanzielle Förderung von Ländern und Kommunen für eine  
265 sozialökologische Wohnungsbauoffensive geeinigt haben – beides muss nun zügig kommen. Wir  
266 werden in hohem Umfang auch öffentlich geförderte Wohnungen bauen und dauerhaft sichern  
267 sowie Bestandswohnungen in die soziale Bindung übernehmen. Dafür ist die neue  
268 Wohngemeinnützigkeit ein wichtiger Baustein.

269 Klar ist: Wohnen ist ein Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge verstanden werden.  
270 Das bedeutet, dass Wohnen für alle bezahlbar ist. Dies gilt auch für den angemessenen  
271 barrierefreien Wohnraum für Menschen mit Behinderung. Der Schutz und das Recht von  
272 Mieter\*innen muss dafür an verschiedenen Stellen gestärkt werden. Die Mietpreisbremse wollen  
273 wir verlängern und verschärfen. Wir wollen das Geschäftsmodell mit möblierten  
274 Kurzzeitvermietungen zu überhöhten Mieten abstellen. In angespannten Märkten werden wir die  
275 Kappungsgrenze von 15 auf elf Prozent in drei Jahren absenken. Darüber hinaus halten wir  
276 aber eine weitere Absenkung auf 9 Prozent für notwendig. Wir werden qualifizierte  
277 Mietspiegel, die den Bestand ganzheitlich abdecken, stärken und rechtssicher ausgestalten  
278 sowie für mehr Transparenz bei den Nebenkostenabrechnungen sorgen. Die Modernisierungumlage  
279 wollen wir strikter begrenzen, damit nicht so hohe Kosten auf die Mieter\*innen abgewälzt  
280 werden können. Auch muss Mietwucher wirksam bekämpft werden.

281 Wir müssen außerdem vermeiden, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Angesichts der

282 aktuellen Krise fordern wir ein bundesweites Räumungsmoratorium. Bereits ausgesprochene  
283 Kündigungen sollten durch Nachzahlung der geschuldeten Miete zurückgenommen werden.  
284 Strukturelle Wohnungs- und Obdachlosigkeit wollen wir bis 2030 beenden. Kurzfristig  
285 unterstützen wir die Initiativen zur humanitären Versorgung von Obdachlosen und anderer  
286 bedürftiger Menschen.

287 Wir wollen die Bodenwende einleiten, das bedeutet: Es braucht endlich eine stärkere  
288 Regulierung der Bodenpreise durch eine Reform der Immobilienwertverordnung, damit überhaupt  
289 wieder kostengünstig in angespannten Wohnungsmarktlagen gebaut werden kann für eine  
290 nachhaltige und sozial ausgewogene Entwicklung des Wohnungsmarktes und des Wohnungsbaus. Wir  
291 setzen uns für einen aktorsreichen Wohnungsmarkt ein. Daher wollen wir ein transparentes  
292 Immobilienregister und dabei die Compliance stärken.

293 Im Sinne einer integrierten Flächenentwicklung und der Schaffung von Wohnraum kommt  
294 kommunalen Flächenreserven verstärkt eine Schlüsselfunktion zu. Das kommunale Vorkaufsrecht  
295 wollen wir daher durch eine Änderung im Baugesetzbuch wieder ermöglichen und so  
296 ausgestalten, dass es für Kommunen lückenlos rechtssicher durchsetzbar sowie finanzierbar  
297 ist. Zugleich soll der soziale Wohnungsbau stärker unter inklusiven Gesichtspunkten  
298 gefördert werden.

299 Wir wollen klare Festsetzungsmöglichkeiten zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in  
300 Bebauungsplänen ermöglichen. Die Verfahren zur Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme wollen  
301 wir verkürzen und stärken, um die Innenentwicklungen durch die Städte und Kommunen selbst zu  
302 ermöglichen.

303 Die von uns durchgesetzte Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro zum  
304 01. Oktober diesen Jahres bedeutet eine gezielte Gehaltserhöhung für viele Millionen  
305 Menschen, insbesondere für Frauen und Beschäftigte in Ostdeutschland. Mit der Anhebung der  
306 Midijobgrenze entlasten wir kurzfristig viele Menschen mit wenig Einkommen außerdem bei  
307 Steuern und Sozialbeiträgen, halten aber am Grundsatz der Parität fest. Auch auf der  
308 europäischen Ebene haben wir mit dem beschlossenen EU-Mindestlohn zum ersten Mal einen  
309 gemeinsamen Standard gesetzt. Der EU-Mindestlohn ist ein wichtiges Werkzeug, um Armut  
310 vorzubeugen, denn es müssen nun alle EU-Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass nationale  
311 Mindestlöhne ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Darüber hinausgehend braucht es eine  
312 EU-Grundsicherung.

313 Mit dem 9-Euro-Ticket wurden Menschen in diesem Sommer bei der Mobilität spürbar entlastet.  
314 Zudem konnten wir die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern. Es gilt nun, eine  
315 ökologisch nachhaltige, einfache, bundesweit nutzbare und preisgünstige Form der Mobilität  
316 zu realisieren. Die bereits vereinbarte Anschlussregelung soll aus unserer Sicht einen Preis  
317 von 49 Euro nicht übersteigen. Mit weiteren Investitionen in die Schiene haben wir richtige  
318 Weichenstellungen eingeleitet. Darüber hinaus wird es kurzfristig auch eine deutliche  
319 Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV brauchen, um Teilhabe in den Regionen zu  
320 verbessern und eine nachhaltige Verkehrswende zu beginnen.

321 Ferner müssen wir die Daseinsvorsorge in Deutschland flächendeckend sichern. Die Corona-  
322 Pandemie hat gezeigt, welche gravierenden Folgen es hat, wenn soziale Angebote und  
323 Einrichtungen geschlossen sind oder die Arbeit stark einschränken müssen. Krankenhäuser  
324 sowie andere Einrichtungen der Gesundheitsversorgung und Pflegeeinrichtungen stehen durch  
325 die steigenden Energiekosten und Inflationseffekte vor enormen Sachkostensteigerungen, für  
326 die oftmals keine Refinanzierung zur Verfügung steht. Das stellt sie vor existenzielle  
327 Herausforderungen. Wir brauchen daher umgehend einen Schutzschirm für die betroffenen  
328 Einrichtungen. Darüber hinaus muss die Daseinsvorsorge zukünftig strukturell krisenfest  
329 abgesichert werden – unabhängig davon, ob es sich um eine weitere Pandemie oder eine andere  
330 Krise handelt.

331 Hart getroffen sind auch die sozialen Dienstleister, also das gesamte Spektrum sozialer  
332 Arbeit, der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Beratungs-, Schutz- und Hilfeinrichtungen.  
333 Sie sind den massiv gestiegenen Kosten ausgeliefert und können diese nicht weitergeben. Auch  
334 sie müssen wir nun davor schützen, in eine Notlage zu geraten.

335 Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich sind gerade in Krisenzeiten unverzichtbar, denn  
336 starke Schultern können mehr tragen als schwache. Das bedeutet auch, Verteilungsfragen zu  
337 stellen und Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten abzubauen. Gerade in der Krise ist der  
338 gesellschaftliche Zusammenhalt gefordert.

### 339 **Standort Deutschland schützen, unsere Industrie umbauen, Unternehmen retten**

340 Die wirtschaftliche Lage ist angespannt. Besonders die kleinen und mittelständischen  
341 Unternehmen, aber auch die energieintensiven Industrien brauchen dringend Unterstützung.  
342 Wichtigstes Ziel ist es, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Deswegen haben wir in  
343 der Ampel-Koalition für einen 200 Mrd. Euro breiten Abwehrschirm gegen hohe Energiepreise  
344 und zur Sicherung der Versorgungssicherheit aufgespannt. Wir müssen jetzt die finanzielle  
345 Kraft aufbringen, die nötig ist, um die Substanz unserer Wirtschaft und die Arbeitsplätze in  
346 unserem Land zu sichern und in die klimaneutrale Zukunft zu führen. Es geht darum, durch die  
347 Krise zu kommen.

348 Die Energiekrise und die Inflation, aber auch die Dürre haben die Unternehmen in Deutschland  
349 unter Druck gesetzt. Das Energiekostendämpfungsprogramm für die energieintensive Industrie  
350 wollen wir deshalb bis zum Jahresende verlängern. Mit der Gaspreisbremse unterstützen wir  
351 auch gerade die besonders betroffenen Branchen des Mittelstands und des Handwerks wie etwa  
352 Bäckereien, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und die wir unbedingt schützen  
353 müssen. Denn die Betriebe vor Ort haben eine herausragende Bedeutung für die lokale  
354 Wertschöpfung, das soziale Gefüge und die Gesellschaft in den Dörfern und Städten.

355  
356 Gerade kleinere und mittlere Betriebe der handwerklichen Lebensmittelverarbeitung sind durch  
357 die weitere Steigerung der Rohstoff- und Energiepreise, in Verbindung mit Klimakrise und dem  
358 zunehmenden Druck auf die gesamte Wertschöpfungskette belastet. Die Transformation der Land-  
359 und Ernährungswirtschaft kann nur gelingen, wenn die lokalen Verarbeitungsstrukturen,  
360 erhalten und gestärkt werden. Eine lokale, regionale nachhaltige Landwirtschaft braucht  
361 regionale Verarbeitungsstrukturen für ihre Erträge.

362 Das Kurzarbeitergeld hat sich, zuletzt in der Pandemie, als Kriseninstrument bewährt. In  
363 Zeiten externen Drucks hilft es, Personalabbau zu vermeiden und schützt Arbeitsplätze. Es  
364 ist daher richtig, dass wir die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld über den 30.  
365 September 2022 hinaus verlängert haben. Damit schaffen wir Sicherheit für Unternehmen und  
366 Beschäftigte. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für eine dauerhafte Fortführung des  
367 SURE-Instruments ein, das in Anlehnung an das deutsche Kurzarbeitergeld geschaffen wurde.  
368 Gerade die öffentlich geförderte Kurzarbeit ist oft dazu geeignet, gezielte  
369 innerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

370 Um kurzfristig die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen, werden wir bestehende  
371 Programme wie das KfW-Sonderprogramm „Ukraine, Belarus, Russland“ sowie die bereits während  
372 der Corona-Pandemie eingeführten Erweiterungen der Bund-Länder-Bürgschaftsprogramme  
373 verlängern. Auch das Margining-Finanzierungsinstrument wollen wir fortführen, um  
374 Unternehmen, die an den Terminbörsen mit Strom, Erdgas und Emissionszertifikaten handeln,  
375 den Zugang zu ausreichender Liquidität zu ermöglichen.

376 Um gerade kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler\*innen und Solo-Selbständige in  
377 der aktuellen Krisensituation zusätzlich finanziell zu entlasten, weiten wir den  
378 Verlustrücktrag bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer für die Veranlagungszeiträume 2022



379 und 2023 auf die vier vorangegangenen Wirtschaftsjahre aus. Dadurch können die  
380 Unternehmer\*innen ihre Verluste mit den Gewinnen aus den wirtschaftlich guten Jahren 2018  
381 und 2019 verrechnen und erhalten schneller die erforderliche Liquidität. Eine solche  
382 Ausweitung des Verlustrücktrags ist eines der einfachsten und zielgenauesten Instrumente, um  
383 Umsatzeinbrüche auszugleichen und es lässt sich auch mit bestehenden Hilfsprogrammen  
384 kombinieren.

385 Mittelfristig sollen die Unterstützungsmaßnahmen auch die Transformation voranbringen. Es  
386 ist daher gut, dass aktuelle Programme bereits Anstrengungen zu Ressourcen- und  
387 Energieeffizienz verlangen. Außerdem sollten Unternehmen bei zusätzlichen antragsgebundenen  
388 Hilfen besonderen Bedingungen wie beispielsweise einem Verzicht auf Boni- und  
389 Dividendenausschüttungen unterliegen.

390 Richtig ist: Einen wirksamen und großen Rettungsschirm für kleine und mittelständische  
391 Unternehmen gibt es nicht umsonst. Die Entlastungsmaßnahmen erfordern große Anstrengung und  
392 Kreativität, auch innerhalb der Ampelkoalition. Es ist daher falsch, inmitten einer derart  
393 tiefgreifenden Energie- und Wirtschaftskrise haushaltspolitische Dogmen über die praktisch  
394 notwendige Unterstützung des deutschen Mittelstands zu stellen.

395 Um die Krise zu überwinden, wird es neben kurzfristiger Unterstützung massive Investitionen  
396 brauchen. Wir müssen jetzt umfangreich in die nötige Transformation der Wirtschaft  
397 investieren und in den kommenden Jahren das Tempo nochmals erhöhen. Nur so machen wir unsere  
398 Gesellschaft zukünftig in den planetaren Grenzen unabhängig von fossilen Energiequellen. Das  
399 schützt nicht nur das Klima, sondern senkt auch die Preise, bekämpft damit die fossile  
400 Inflation und gibt unserer Wirtschaft Kraft für die Zukunft.

401 Wir brauchen ein Stabilisierungs- und Innovationspaket für unsere Wirtschaft, um diese  
402 Zukunftsinvestitionen zu sichern. Dazu gehört eine finanzielle Stärkung des Klima- und  
403 Transformationsfonds (KTF) zur Finanzierung von Maßnahmen für mehr Energieeffizienz. Es  
404 lohnt sich, gezielt nachhaltige Technologien zu fördern, die den Energieverbrauch und  
405 dadurch auch die Energiekosten und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß senken. Schon jetzt unterstützen wir  
406 Unternehmen bei Investitionen in Effizienz- und Substitutionsmaßnahmen.

407 Für die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation muss der Staat alle Hebel in  
408 Bewegung setzen, um die nötigen Investitionen zu ermöglichen. Klare Rahmenbedingungen und  
409 vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren für transformative Investitionen schaffen  
410 Planungssicherheit für Unternehmen und beschleunigen die Umsetzung. Eine starke  
411 Finanzmarktregulierung und -aufsicht wird gebraucht, auch weil ökologische und soziale  
412 Risiken für Anleger\*innen nur durch Transparenz sichtbar und Kapitalströme damit von  
413 fossilen in klimaresiliente und transformative Investitionen umgelenkt werden. Zusätzlich  
414 können positive Anreize Potenziale erweitern und so gleichzeitig die Preisentwicklung  
415 dämpfen. Weitere Hebel dafür sind die Stärkung resilienter Lieferketten und eine bessere  
416 Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften.

417 Eine zunehmende Herausforderung für Unternehmen ist es, genügend Arbeitskräfte zu finden. In  
418 einigen Branchen und Regionen ist dieser Mangel inzwischen kaum zu übersehen und wird sich  
419 aus demografischen Gründen weiter verschärfen. Allein 2022 werden über 330.000 Menschen mehr  
420 in Rente gehen als ins Berufsleben starten. Diese Lücke wird sich bis 2030 etwa verdoppeln.

421 Das ist nicht nur ein Problem der Wirtschaft und der Sozialversicherungssysteme. Auch die  
422 ökologische Transformation der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn ausreichend Menschen im  
423 Handwerk, in der Planung und Forschung tätig sind. Deshalb werden wir uns entschieden dafür  
424 einsetzen, den Arbeitskräftemangel zu lindern. Dabei legen wir einen Fokus auf  
425 Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung sowie eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf  
426 und Familie. Dies ist auch ein Beitrag, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Wir

427 wollen die Hürden für Frauen abbauen, damit sie sich eigenständig absichern können und ihre  
428 Fachkompetenz dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Dazu muss die Steuerklasse V zügig  
429 abgeschafft werden, um die monatliche Steuerlast zwischen den Ehepartner\*innen gerechter zu  
430 verteilen. Darüber hinaus muss das Steuersystem modernisiert werden und für neu geschlossene  
431 Ehen das Ehegattensplitting reformiert werden, damit gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht  
432 länger benachteiligt werden.

433 Bei Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung braucht es eine geschlechtersensible Stärkung der  
434 Berufsorientierung an den Schulen, mehr Qualifizierung in Unternehmen sowie einen  
435 flächendeckenden Ausbau von Weiterbildungsagenturen, die auch jenseits von starren  
436 Geschlechterrollen beraten. Eines der effektivsten Mittel gegen den Fachkräftemangel ist es,  
437 jedem eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Deswegen wollen wir zeitnah eine  
438 Ausbildungsplatzgarantie einführen. Durch die Umlagefinanzierung unterstützen wir vor allem  
439 die kleinen und mittleren Unternehmen, die qualitativ hochwertige Ausbildungen anbieten. Für  
440 die Beschäftigten sind attraktivere Arbeitsbedingungen, passgenaue Arbeitszeiten und eine  
441 gute Bezahlung entscheidende Faktoren, um mehr zu arbeiten. Unternehmen, die gut bezahlen  
442 und für ein gesundes Arbeitsumfeld sorgen, werden es leichter haben, Fachkräfte an sich zu  
443 binden.

444 Zusätzlich gilt es, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zu  
445 vereinfachen und zu beschleunigen. Mit einem Fokus allein auf Potenziale im Inland werden  
446 wir dem Mangel an Arbeitskräften allerdings nicht beheben können. Es braucht auch Menschen  
447 aus dem Ausland, die längerfristig hier im Land leben und arbeiten wollen. Deshalb werden  
448 wir die rechtlichen Hürden senken, die verhindern, dass Menschen zusammen mit ihren Familien  
449 nach Deutschland kommen können. Neben diesen Maßnahmen werden wir auch Bürokratie weiter  
450 abbauen, um Arbeitsabläufe und Entscheidungsprozesse nicht nur zu beschleunigen, sondern  
451 auch den erforderlichen Arbeitsaufwand für Verwaltung, Unternehmen und Privatpersonen  
452 insgesamt zu verringern.

453 Darüber hinaus müssen unsere Lieferketten widerstandsfähiger werden. Wir haben uns zu  
454 abhängig gemacht von einzelnen Handelspartnern und Absatzmärkten und von der Just-In-Time-  
455 Produktion, die bei logistischen Schwierigkeiten Lieferketten reißen lässt. Wir müssen mit  
456 einer neuen Handelsagenda unsere Handelsbeziehungen auf breitere Füße stellen, sie  
457 resilienter, fairer und nachhaltiger machen. Damit können wir für zukünftige Krisen  
458 vorbauen, die Preissteigerungen heute lassen sich damit noch nicht bekämpfen. So – und mit  
459 den Mitteln der Entwicklungspolitik – wirken wir gemeinsam mit unseren Partner-Staaten  
460 darauf hin, dass soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards entlang der gesamten  
461 Wertschöpfungs- und Lieferkette eingehalten sowie in der Produktion und Wertschöpfung  
462 ausgebaut werden.

463 In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Europa bei kritischen Rohstoffen vermehrt in eine  
464 Abhängigkeit von China begeben. Fast zwei Drittel der von der EU als kritische Rohstoffe  
465 eingestuft Ressourcen werden derzeit überwiegend in China abgebaut. Wir haben zu lange  
466 nach dem Prinzip gewirtschaftet, dass dort gekauft wird, wo es am billigsten ist. Häufig  
467 sind das Rohstoffe aus China. Gleichzeitig dürfen wir jedoch keine protektionistischen  
468 Tendenzen fördern. Wir brauchen die Globalisierung – aber eine faire und nachhaltige. Daher  
469 setzen wir uns dafür ein, dass Kostenvorteile, die durch die Nichteinhaltung von  
470 ökologischen und sozialen Standards entstehen, bei Eintritt in den europäischen Binnenmarkt  
471 im Sinne der Anti-Dumping-Regeln ausgeglichen werden.

472 Um die Resilienz unserer Lieferketten zu stärken, müssen wir Einkaufsquellen  
473 diversifizieren, resilientere Logistikstrukturen aufbauen und auf europäischer Ebene  
474 gemeinsam handeln. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Europäischen Kommission, mit dem  
475 Notfallinstrument für den Binnenmarkt die Resilienz und Krisenvorsorge der EU zu verbessern.

476 Im Rohstoffbereich ist eine Verringerung des Verbrauchs notwendig. Dazu müssen die  
477 notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft  
478 brauchen wir eine neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert,  
479 fossile durch nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an hohe  
480 Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards bindet. Auch die Unternehmen sollten ihre  
481 Bemühungen hier deutlich verstärken.

482  
483 Um die Energieversorgung zu sichern und leistbare Energie für alle sicherzustellen,  
484 beschleunigen wir die Energiewende. Um diese auch demokratisch mitgestalten zu können,  
485 setzen wir unter anderem auf die Rekommunalisierung von Energienetzen und eine dezentrale  
486 Energieversorgung in Bürger\*innenhand. Das bedeutet für uns auch, dass im Rahmen von  
487 staatlichen Unternehmensrettungen von Mitbestimmungsrechten Gebrauch gemacht wird.

488 Die drei Entlastungspakete und der Abwehrschirm sind darauf ausgerichtet, die schweren  
489 sozialen und ökonomischen Folgen der Energiekrise abzumildern. Die Symptome der fossilen  
490 Inflation werden so gelindert. Jetzt gilt es aber auch die Ursache zu bekämpfen: unsere  
491 Abhängigkeit von fossilen Energien. Die USA investieren mit dem Inflation Reduction Act 370  
492 Milliarden US-Dollar vor allem in Klimaschutz. Auch wir wollen die Potentiale der  
493 Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz nutzen, um die Energiepreise langfristig in  
494 den Griff zu kriegen - aber ohne Protektionismus. Nur wenn uns die Transformation der  
495 Wirtschaft aus der Abhängigkeit von fossilen Energien gelingt, haben wir als  
496 Industriestandort eine Zukunft. Die Bundesregierung muss deshalb alle  
497 Klimaschutzinvestitionsbremsen lösen und die ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen  
498 konsequent auf den schnellstmöglichen Ausbau von Erneuerbaren, Energieeffizienz und  
499 Energieeinsparung umstellen.

500

#### 501 **Fossile Inflation bekämpfen – fossile Energien ersetzen**

502

503 Wir wollen mit einem Gesetz zur Bekämpfung fossiler Inflation (Inflationsbekämpfungsg) bei  
504 den Ursachen der fossilen Inflation ansetzen:

505 - **100 Milliarden Euro zusätzlich für Klimaschutzinvestitionen.** Um die Energiekosten  
506 langfristig zu senken, sichern wir den Ausbau der Produktionskapazitäten für Wärmepumpen,  
507 Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen staatlich ab und richten die öffentliche Beschaffung  
508 konsequent an den Klimaschutzziele aus. Auch die energetische Modernisierung öffentlicher  
509 Gebäude und die komplette Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED dürfen nicht länger an  
510 fehlenden Investitionsmitteln scheitern. Mit den Mitteln soll zudem mit dem Bau einer  
511 Infrastruktur für Grünen Wasserstoff begonnen werden. Wir weiten die aufsuchende  
512 Energiesparberatung deutlich aus, um die Vulnerabilität von Haushalten gegenüber  
513 Energiepreisen nachhaltig zu verringern.

514 - **Ausbau der Erneuerbaren Energien kurzfristig wirksam beschleunigen.** Damit die Erneuerbaren  
515 die Kosten für Strom, Mobilität und Wärme noch stärker dämpfen, soll das  
516 Inflationsbekämpfungsg Regelungen enthalten, mit denen bereits genehmigte, aber noch nicht  
517 fertiggestellte Windenergieprojekte unkompliziert erweitert werden können, für die PV-  
518 Sonderausschreibungen muss Zusätzlichkeit gewährleistet werden.

519 - **Energieverschwendung ordnungsrechtlich verringern.** Um teure fossile Energien einzusparen,  
520 wollen wir mit dem Inflationsbekämpfungsg das Ordnungsrecht nutzen: Gebot zur Nutzung  
521 industrieller Abwärme, Gebot zum Ersatz von Erdgas-Straßenbeleuchtung, Stopp des Ausbaus des  
522 Gasverteilnetzes und des Neuanschlusses von Wohngebäuden ans Gasnetz in Fernwärmegebieten,  
523 Verbot besonders energieaufwändiger und leicht zu substituierender Verpackungen, Ausweitung  
524 von Mehrwegsystemen, Einführung einer Sanierungspflicht für die Gebäudeklassen G und H,

525 Beendigung von Leerflügen. Die Regelungen zur Zwangsabschaltung von Wind- und PV-Anlagen  
526 wollen wir drastisch reduzieren, auch um Strompreise kurzfristig zu senken.

527 - **Gesetzliche Mindestvorgaben zum Klimaschutz auch im Verkehrssektor erfüllen.** Das  
528 Bundesklimaschutzgesetz definiert jahresscharf zulässige Treibhausgas-Emissionsmengen, die  
529 insbesondere im Verkehrssektor bisher nicht eingehalten werden. Falls der  
530 Bundesverkehrsminister keine anderen kurzfristigen Maßnahmen benennt, mit denen er den  
531 Verbrauch von Benzin, Diesel und Kerosin auf das zulässige Maß verringert, kann auf ein  
532 Tempolimit nicht weiter verzichtet werden. Das Klimaschutzgesetz ist ein Gesetz und keine  
533 unverbindliche Leitlinie. Die jahresscharfen Sektorziele und das daraus resultierende  
534 Treibhausgasbudget sind einzuhalten.

535 - **Internationale Klimafinanzierung anheben.** Durch die Diversifizierung unserer Gasimporte  
536 exportieren wir die fossile Inflation in Länder des globalen Südens. Sie zahlen den größten  
537 Preis dafür, dass Deutschland sich in den letzten Jahren immer stärker in die Abhängigkeit  
538 Russlands begeben hat. Deshalb wollen wir die internationale Klimafinanzierung, die auch dem  
539 weltweiten Ausbau der Erneuerbaren Energien dient, deutlich stärker anheben als bisher  
540 vorgesehen.

541  
542 200 Milliarden für den Abwehrschirm helfen Deutschland in der Krise, gleichzeitig geht es  
543 jetzt darum Deutschland aus der Krise zu helfen und mit aller Kraft die Ursachen der  
544 fossilen Inflation bekämpfen. Inflationsbekämpfungsg und der Abwehrschirm sind deshalb für  
545 uns inhaltlich und politisch eng miteinander verbunden.

546

#### 547 **Gemeinsam durch einen Winter der Solidarität**

548 Wir sehen, wie groß die Herausforderungen und die Last sind, die all die Menschen und  
549 Unternehmen in diesem Land tragen. Es braucht uns alle, unseren Zusammenhalt und unsere  
550 Solidarität, um diese Lasten gemeinsam zu schultern. Gerade in dieser Zeit spielen soziale  
551 Bewegungen und Bündnisse eine wichtige Rolle. Sie bilden einen Organisations- und  
552 Resonanzraum, können auf Missstände aufmerksam machen und den politischen Handlungsdruck  
553 erhöhen, um die bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten weiter zu bekämpfen. Aktuell laufen  
554 soziale Demonstrationen in vielen Städten an, wie zum Beispiel die Großdemonstration vom  
555 Paritätischen Wohlfahrtsverband, Verdi, BUND und Co.: Wir verstehen diese Proteste als  
556 Auftrag, uns innerhalb der Regierung für eine soziale Krisenbewältigung einzusetzen und  
557 solidarisieren uns mit ihnen.

558 Gleichzeitig erleben wir auch jetzt, wie Rechte und Demokratiefeinde die Krise für ihre  
559 eigenen Zwecke nutzen. Hasserfüllte Angriffe auf Regierungsvertreter\*innen oder  
560 Ehrenamtliche sowie der Versuch, die mutige Freiheitsbewegung der Montagsdemonstrationen in  
561 der DDR für Hass und Hetze zu missbrauchen, sind inakzeptabel. Perfiden Spaltungsversuchen  
562 und Verschwörungserzählungen treten wir fakten- und evidenzbasiert entgegen und  
563 solidarisieren uns mit allen, die unsere Unterstützung brauchen.

564 Die kommenden Monate sollen zu einem Winter der Solidarität werden. In Bund, Ländern und  
565 Kommunen arbeiten wir mit aller Kraft an den konkreten Problemen und tun alles dafür, dass  
566 wir mit Stärke und Entschlossenheit gemeinsam diese Krise überstehen. Es ist die russische  
567 Regierung mit ihrem Angriff auf Freiheit, Würde und Unversehrtheit der Menschen in der  
568 Ukraine, die auch unsere Freiheit und Sicherheit bedroht. Es ist der Kreml, der mit seinen  
569 Erpressungsversuchen Europa in soziale und ökonomische Verwerfungen stürzen will. Aber wir  
570 lassen uns weder spalten noch erpressen. Wir halten Stand.